

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Walter Altherr (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt und Forsten

Zweckverband Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK), Genehmigungsantrag zur Entsorgung vorbehandelten Restmülls im Jahr 2000 auf der Deponie Heßheim

Die Kleine Anfrage 2874 vom 16. Februar 2000 hat folgenden Wortlaut:

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK) hat im November 1999 beschlossen, den vorbehandelten Restmüll im Jahr 2000 auf der Deponie in Heßheim zu entsorgen. In der Sitzung äußerte der Verbandsvorsteher, Landrat Künne, dies sei mit Frau Staatsministerin Martini abgesprochen. Der entsprechende Genehmigungsantrag wurde dann aber von der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz im Dezember 1999 unter Verweis auf den Abfallentsorgungsplan des Landes abgelehnt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat es bezüglich des Beschlusses der Verbandsversammlung aus dem November 1999 eine vorherige Absprache zwischen Herrn Landrat Künne und Frau Staatsministerin Martini gegeben, wenn ja, in welcher Form und mit welchem Inhalt?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Verweigerung der Genehmigung der Deponierung der vorbehandelten Restabfälle auf der Deponie in Heßheim?

Das Ministerium für Umwelt und Forsten hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 9. März 2000 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Am Rande eines im Zusammenhang mit der Landesgartenschau stehenden Termins wurde ich von Landrat Künne auf die abfallrechtliche Situation des Landkreises angesprochen. Ich habe den Sachverhalt zur Kenntnis genommen und die gebotene Überprüfung durch die zuständigen Abfallbehörden veranlasst.

Zu 2.:

Die Entscheidung der damaligen Bezirksregierung steht im Einklang mit dem verbindlichen Abfallwirtschaftsplan. Sie diene der Umsetzung des geltenden Bundesrechts, weil nach der insoweit maßgeblichen TA Siedlungsabfall die Ablagerung nicht oder nicht ausreichend behandelter Abfälle zu unterbleiben hat, wenn thermische Vorbehandlungskapazitäten zur erforderlichen Inertisierung der Abfälle nach dem Stand der Technik verfügbar sind.

Kludia Martini
Staatsministerin